

# SVP-Wählerschaft für «Chancen für Kinder»

## *Analyse zeigt Abweichung von der Parole*

**rib.** Zahlreiche SVP-Wählerinnen und -Wähler sind bei der Abstimmung über die Volksinitiative «Chancen für Kinder» am Wochenende nicht der Nein-Parole ihrer Parteileitung gefolgt, sondern haben die Vorlage angenommen. Dies zeigt eine Auswertung des Abstimmungsergebnisses, die das Statistische Amt des Kantons Zürich am Montag veröffentlicht hat.

Während die Wählerinnen und Wähler der SP und der FDP relativ geschlossen der Parole ihrer Partei gefolgt sind, macht der Vergleich der Wähleranteile der Parteien bei den Kantonsratswahlen und dem Abstimmungsverhalten am Sonntag in einzelnen Gemeinden deutlich, dass die SVP-Parole in diesem Fall und bei der IV-Revision von ihrer Basis nicht geschlossen unterstützt wurde.

Laut Peter Moser vom Statistischen Amt ist dieses Verhalten in SVP-Gemeinden bei sozialpolitischen Vorlagen oft zu beobachten. Dagegen unterstützten SVP-Wählerinnen und -Wähler ihre Partei bei ausländerpolitischen oder europapolitischen Vorlagen diszipliniert.

Zu erklären ist das für Moser damit, dass die SVP-Wählerschaft einen geringeren Anteil an gut ausgebildeten und gut verdienenden Personen aufweise als die Wählerschaft der FDP oder der SP. Und diese Personen, so Moser, bringen Vorlagen eher Sympathien entgegen, von denen sie selbst unter Umständen profitieren könnten, auch wenn sie damit gegen die Parteiparole stimmen. Klar zeigt die Erhebung des Statistischen Amtes, dass der Nein-Stimmen-Anteil zur Volksinitiative «Chancen für Kinder» und der Ja-Stimmen-Anteil zur IV-Revision korrespondieren. Deutlich wird auch, dass die Volksinitiative in wohlhabenden Gemeinden besonders klar abgelehnt wurde – in Gemeinden, in denen die IV-Revision besonders klar befürwortet wurde. Die Haltung zu den Vorlagen, so Peter Moser, sei weniger vom Links-Rechts-Gegensatz geprägt als vom Gegensatz zwischen marktwirtschaftlich orientierten Personen und solchen, deren politische Haltung vom Gedanken der Umverteilung bestimmt sei.

Allerdings warnt Moser vor einer Überinterpretation der Studie. Da sie auf aggregierten Daten fusse, sage sie nichts darüber, wie hoch die Ja- und Nein-Stimmen-Anteile der Vorlagen bei einzelnen Parteianhängern wirklich gewesen seien. Dies könne nur eine demoskopische Nachbefragung zeigen.